1) Wie beurteilen Sie die Politik der EU gegenüber der sogenannten Dritten Welt und welche Verbesserungen (auch für eine wirksamere Bekämpfung von Fluchtursachen) sehen Sie?

Armut, Bürgerkriege und Umweltkatastrophen sind Folgen kapitalistischer Globalisierung, äußerer

Einmischung und von Staatenzerfall. Verfolgung, Flucht, Vertreibung und die Suche nach lebenswerten

Alternativen führen Menschen in die EU und deren reichere Mitgliedstaaten. Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl,

wollen einen deutlich stärkeren Einsatz für Kriegsflüchtlinge, insbesondere aus dem Nahen Osten und Nordafrika,

und treten für eine aktive Politik solidarischer sozialer Integration ein. Wir brauchen eine Humanisierung der

Flüchtlingspolitik, Frontex ist aufzulösen.

Wir setzen uns für eine aktive und konstruktive Politik der Europäischen Union gegenüber den

Nachbarländern im Osten und Süden der Europäischen Union, für Engagement gegen globale Armut ein.

Offenheit, wirtschaftliche Kooperation, Solidarität und eine gemeinsame Entwicklung sind der Schlüssel für

Frieden und Wohlstand. Die EU soll sich verstärkt an allen globalen Initiativen, die zu einer friedlichen und

nachhaltigen Entwicklung beitragen können, aktiv beteiligen. Eine konsequente Entmilitarisierung der EU und die

Konversion der Militärpotenziale ihrer Mitgliedstaaten wäre hierzu ein wichtiger Beitrag. Rüstungsexporte

müssen verboten werden. Die Freigabe von Technologien insbesondere in den Bereichen von Umwelt,

Gesundheit und Bildung für die ärmeren Länder soll eine Selbstverständlichkeit werden

■ Mit der Europäischen Linken schlagen wir einen Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische

Entwicklung vor. Er soll vor allem öffentliche und soziale Dienstleistungen fördern. Der Fonds muss wie die

Investitionsprogramme demokratisch gesteuert werden. Dabei spielen Parlamente, Gewerkschaften und

zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. In unserem Konzept einer aktiven Wirtschaftspolitik

bilden öffentliche Investitionen den Kern. Wir verbinden sie mit einer Industrie- und Strukturpolitik, die

Demokratie in der Wirtschaft voranbringt.

Die europäische Politik setzt auf Sicherung der Rohstoffversorgung durch Import mittels Freihandelsabkommen,

verbunden mit politischem Druck und Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik. DIE LINKE ist gegen diese

Freihandelsabkommen. Sie setzt sich ein für das Recht der Entwicklungsländer, ihre Exporte selbst zu regulieren

und Gesetze für Investitionen zu erlassen. Wir wollen verbindliche ökologische und soziale Standards für den

Abbau von Rohstoffen. Unternehmen müssen für die Folgen ihrer Geschäftstätigkeit international zur

Obwohl die EU vorgibt, mit ihrer Handelspolitik entwicklungspolitische Ziele zu verfolgen, vertritt sie in erster Linie die Interessen europäischer Unternehmen. Sie drängt vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer auf den Abschluss weitreichender Freihandelsabkommen, die europäischen Exporteuren neue Absatzmärkte erschließen sollen. Außerdem zielt die EU-Handelspolitik auf die Deregulierung der Dienstleistungsmärkte und fordert die Niederlassungsfreiheit für europäische Unternehmen, um so auch ein günstigeres Investitionsklima für diese zu schaffen. Damit verbunden ist auch ein erleichterter Zugang für Unternehmen zu den Rohstoffmärkten der Entwicklungsländer.

Die EU sollte das Recht von Entwicklungsländern respektieren, ihre Exporte zu regulieren und Regeln für Investitionen zu erlassen, die ihren wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bedürfnissen entsprechen. Sie sollte die zerstörerische Praxis der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Überschussprodukte umgehend einstellen, und sie sollte ihre Märkte für günstige Produkte aus Entwicklungsländern öffnen, anstatt mit handelspolitischen Schutzmauern den Strukturwandel in den betroffenen Ländern aufzuhalten.

Die Politiken der Europäischen Union müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Dies betrifft insbesondere die Handels- und Entwicklungspolitik. Nichtregierungsorganisationen und soziale und linke Bewegungen treten aus diesen und anderen Gründen für eine Neuausrichtung der als aggressiv wahrgenommenen europäischen Handelspolitik ein und fordern die EU auf, diese mit ihren Entwicklungszielen in Einklang zu bringen.

■ Millionen-Subventionen für die industrielle Fischerei vor den Küsten Afrikas und Abkaufgeschäfte von

Fischereirechten entziehen vielen Menschen die Nahrungsgrundlage. DIE LINKE will die Fischereipolitik der EU

neu ausrichten: Entwicklungsprojekte, die die einheimische Fischerei in Afrika für den lokalen Bedarf fördern,

müssen unterstützt werden.

Politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit und die Konkurrenz um knappe Ressourcen führen zu

Gewalt und Krieg. Große Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut und Hunger, Menschen sterben an

behandelbaren Krankheiten, an mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Die neoliberalen Wirtschafts- und Handelsabkommen haben schnelle und kurzfristige Wachstumsraten für die

europäischen Länder im Blick. So schützt die EU die eigene Wettbewerbsfähigkeit, indem sie beispielsweise die

Patente für Medikamente gegen Malaria und HIV/Aids nicht freigibt, obwohl diese in vielen armen Ländern

dringend gebraucht werden. Die EU tritt zunehmend, zum Beispiel in den Verhandlungen um Freihandels- und

Wirtschaftsabkommen, machtpolitisch gegenüber anderen Staaten auf und droht mit Handelssanktionen, wenn

die eigenen Bedingungen nicht akzeptiert werden.

DIE LINKE lehnt jegliche Form von Gewaltanwendungen in internationalen Beziehungen ab. Sie schützen keine

Menschenrechte, sondern sind Teil massenhafter Menschenrechtsverletzungen durch EU- und NATO-Staaten. DIE

LINKE setzt sich deshalb insbesondere für die Einhaltung des in der UN-Charta verankerten Gewaltverbots ein.

Wir wollen politische Lösungen, keine neuen Kriege unter Beteiligung der EU. Krieg darf kein Mittel der Politik

sein! Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale,

friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn konsequent abgerüstet und die

Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – in internationaler Solidarität.

DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen, wie sie die EU umfassend betreibt,

ab. Mit »zivilmilitärischer Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die Militarisierung der Außenpolitik nur

verschleiert. DIE LINKE kämpft gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen die Militarisierung der EU. Sie

setzt darauf, Auslandseinsätze zu beenden und Rüstungsproduktion und -exporte zu verbieten. Statt auf einen

weiteren Ausbau einer Militärmacht EU setzen wir auf eine friedliche und zivile EU.

2) Haben die Kooperationsabkommen von Lomé und Cotonou zur Verbesserung der Situation in den beteiligten Entwicklungsländern hinreichend beigetragen, wie lässt sich der Nutzen daraus v. a. für die Armen erhöhen?

Kritik : Irreführung bei der EU-EntwicklungshilfeLaut Europäischer Union flossen im Jahr 2010 rund 55 Milliarden Euro in die Entwicklungszusammenarbeit. Die sind fast 15 Milliarden Euro weniger sind als versprochen. Weiter sind mehr als fünf Milliarden Euro in die Entwicklungshilfe der Länder der Europäischen Union eingerechnet worden, die nicht in den Bereich Entwicklungshilfe fallen. Dies zeigt der neue Aid-Watch-Bericht des europäischen Dachverbandes entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen CONCORD. Die Nichtregierungsorganisationen kritisieren, dass die Gesamtsumme durch zweifelhafte Rechnungen um fünf Milliarden Euro aufgebläht wurde. 2,5 Milliarden Euro entfielen im letzten Jahr auf Schuldenerlasse, rund 1,6 Milliarden Euro wurden für  ausländische Studierende und rund 1,1 Milliarden Euro für [Flüchtlinge](http://www.europa-links.eu/fakten/die-fluchtlings-und-einwanderungspolitik-der-eu-77/) in den EU Staaten ausgegeben.

Außerdem wird kritisiert, dass die Entwicklungspolitik der jeweiligen EU-Länder vorwiegend innenpolitische Ziele verfolgt. Ganz oben auf der Agenda stehen Themen wie Sicherheit, Migration und Wirtschaftsinteressen. Obendrein verfehlen viele EU-Länder bei weitem das Versprechen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandseinkommens in Entwicklungshilfe zu stecken. Laut aktuellen Zahlen der OECD, verwendet Deutschland beispielsweise lediglich 0,38 Prozent des Bruttoinlandseinkommens auf Entwicklungshilfe.

Auch afrikanische WirtschaftsexpertInnen haben die europäische Entwicklungshilfe als zu stark konditioniert und auf den Vorteil der Geberländer zugeschnitten kritisiert. So zielen über 50 Prozent der EU-Hilfen für Afrika vor allem auf die Schaffung eines freundlichen Investitionsklimas im privaten Sektor ab. Dabei werden insbesondere der Ausbau der Verkehrswege, des Tourismus und des Handels gefördert. Nicht zuletzt wird kritisiert, dass die Entwicklungszusammenarbeit nur einen Bruchteil der Verluste ausgleicht, die den nichteuropäischen Staaten durch unfaire Bedingungen im Handel mit der EU entstehen.

3) Welche Auswirkungen sind von dem geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA zu erwarten, v. a. auch hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung?

Freihandelsabkommen (TTIP) stoppen!

DIE LINKE lehnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ab. Das TTIP wird,

sollte es in Kraft treten, den großen Banken und Konzernen und nicht der europäischen Binnenwirtschaft nützen.

Konzernen soll ein Klagerecht gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt werden

(Investitionsschiedsgerichtsbarkeit). Es droht, dass der Finanzsektor weiter dereguliert wird, öffentliche

Dienstleistungen privatisiert sowie Monopolisten im Bereich des geistigen Eigentums gestärkt werden. Das TTIP

wird, wenn wir es nicht gemeinsam mit anderen verhindern, den europäischen Markt mit Biokraftstoffen,

Gentechnik-Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen. Selbst die unzureichende

EU-Chemikalienverordnung REACH sowie die ohnehin laxe Euro-Norm für Abgas-Emissionen stehen in Frage.

Schutz und Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO-Konvention würden gefährdet. DIE LINKE organisiert

und unterstützt deshalb Initiativen – innerhalb und außerhalb der Parlamente –, die darauf gerichtet sind, die

Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA zu stoppen.

Wir fordern, dass die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit aus allen Handelsabkommen gestrichen wird.Der

besondere Charakter von Gütern und Leistungen im Kulturbereich muss auch weiterhin bei internationalen

Freihandels- und Investitionsabkommen berücksichtigt werden. Kultur darf nicht zur reinen Handelsware

werden, die allein den Marktgesetzen unterliegt. Deshalb müssen die Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien

aus den Handelsabkommen ausgeschlossen bleiben.

4) Sind EU-Agrar-und Handelspolitik mit ihrer Entwicklungspolitik im Einklang?

Obwohl die EU vorgibt, mit ihrer Handelspolitik entwicklungspolitische Ziele zu verfolgen, vertritt sie in erster Linie die Interessen europäischer Unternehmen. Sie drängt vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer auf den Abschluss weitreichender Freihandelsabkommen, die europäischen Exporteuren neue Absatzmärkte erschließen sollen. Außerdem zielt die EU-Handelspolitik auf die Deregulierung der Dienstleistungsmärkte und fordert die Niederlassungsfreiheit für europäische Unternehmen, um so auch ein günstigeres Investitionsklima für diese zu schaffen. Damit verbunden ist auch ein erleichterter Zugang für Unternehmen zu den Rohstoffmärkten der Entwicklungsländer.

Die EU sollte das Recht von Entwicklungsländern respektieren, ihre Exporte zu regulieren und Regeln für Investitionen zu erlassen, die ihren wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bedürfnissen entsprechen. Sie sollte die zerstörerische Praxis der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Überschussprodukte umgehend einstellen, und sie sollte ihre Märkte für günstige Produkte aus Entwicklungsländern öffnen, anstatt mit handelspolitischen Schutzmauern den Strukturwandel in den betroffenen Ländern aufzuhalten.

Die Politiken der Europäischen Union müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Dies betrifft insbesondere die Handels- und Entwicklungspolitik. Nichtregierungsorganisationen und soziale und linke Bewegungen treten aus diesen und anderen Gründen für eine Neuausrichtung der als aggressiv wahrgenommenen europäischen Handelspolitik ein und fordern die EU auf, diese mit ihren Entwicklungszielen in Einklang zu bringen.

5) Was lehrt der jüngste EU-Afrika-Gipfel, auch für ihre Zivilgesellschaften?

Afrika ist der am stärksten von Armut betroffene Kontinent. Viele afrikanische Regionen sind permanent und extrem von Armut, Hunger und HIV/AIDS betroffen. Insgesamt leben 300 Mio. Menschen im Afrika südlich der Sahara in extremer Armut, d.h. sie besitzen weniger als einen US-Dollar pro Tag zum Überleben. Das sind im Vergleich 10% mehr als in Süd- und Ostasien und 30% mehr als in Lateinamerika.

Doch neben permanent von Krisen betroffenen Regionen beherbergt Afrika neue Zentren wirtschaftlichen Aufschwungs. In Ländern wie Kenia, die einen neoliberal geprägten Wirtschaftskurs eingeschlagen haben, ist die Schere zwischen arm und reich dabei jedoch immer weiter auseinander gegangen. Schwere soziale Spannungen waren die Folge. In anderen, lange Zeit eher sozialistisch geprägten Ländern wie Tansania, hat sich zwar eine sozial wesentlich homogenere Gesellschaft gebildet, dennoch konnte auch dort die Armut des Großteils der Bevölkerung nicht überwunden werden. Am schlimmsten von Not betroffen sind die in Kriegsregionen lebenden Menschen. Allein im Osten der DR Kongo sind im vergangenen Jahrzehnt in Folge der um die Kontrolle der dortigen Rohstoffvorkommen geführten Kämpfe mehr als drei Millionen Menschen ermordet worden. Auch europäische Konzerne gehören zu den Abnehmern dieser Rohstoffe und den Financiers der Waffen.

Mit den EU-Afrika-Gipfeln in Kairo (2000) und in Lissabon (2006) wurde endlich ein Dialog zwischen der EU und allen Ländern unseres Nachbarkontinents Afrika begonnen. Vereinbart wurde eine strategische Partnerschaft für die Förderung der internationalen und regionalen Integration, zur Bekämpfung der extremen Armut durch Handel, für den Ausbau von Demokratie und Menschenrechten, die Förderung einer aktiven Friedenspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit. Maßstab ist dafür, auch in Afrika die Millenniumsentwicklungsziele (MEZ) bis 2015 zu erreichen, insbesondere die Reduzierung der Armut, der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der katastrophalen Gesundheitsversorgung in Afrika.

Diesen hehren Zielen steht die nach wie vor aggressive [Außenhandels-](http://www.europa-links.eu/fakten/eu-handelspolitik-83/) und Rohstoffpolitik der europäischen Regierungen und Konzerne gegenüber, die Entwicklungserrungenschaften oft verhindert oder gar zerstört. Kontraproduktiv ist der fortgesetzte Export religiöser Vorschriften, durch welche die Eindämmung von HIV/AIDS, reproduktive Selbstbestimmung und insbesondere die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Mädchen und Frauen verhindert werden. Auf die Versuche afrikanischer Menschen, durch Flucht der Armut und der Perspektivlosigkeit zu erinnern und getrieben von der Hoffnung, ihre Familien durch eine Arbeit in der EU finanziell unterstützen zu können, reagieren die EU-Innenminister mit Kriegsschiffeinsätzen, die von ihrer Grenzschutzagentur [FRONTEX](http://www.europa-links.eu/fakten/frontex-und-die-europaische-migrationspolitik-176/) koordiniert werden.

Die Europaabgeordneten der LINKEN fordern ein Ende der neo-kolonialen Ausbeutung der Staaten Afrikas. Sie treten für die Errichtung einer echten EU-Afrika-Partnerschaft ein, in der mit den Institutionen der Partner – zum Beispiel der Afrikanischen Union oder den verschiedenen regionalen Institutionen – gleichberechtigt und auf Augenhöhe Kooperationsvereinbarungen getroffen werden.

Wir fordern, dass Maßnahmen in der EU-Außenhandelspolitik und entsprechende Abkommen künftig strikt auf ihren Beitrag zum Erreichen der gemeinsam definierten [Entwicklungsziele](http://www.europa-links.eu/fakten/eu-entwicklungszusammenarbeit-88/) überprüft werden. Es gilt, die Weltwirtschaft und EU-Handelsbeziehungen so zu gestalten, dass die afrikanischen Ökonomien durch die Ansiedlung verarbeitender Industrien einen höheren Mehrwert erwirtschaften können. Afrikanische Länder dürfen nicht länger als bloße Rohstofflieferanten und Absatzmarkt für EU-Überschussprodukte fungieren. Nahrungsmittelsicherheit, Eigenversorgung, Ausbau des Gesundheitsbereichs und der Bildungseinrichtungen sowie die Förderung und Unterstützung von Frauen müssen absolute Prioritäten in der Entwicklungszusammenarbeit sein. Auch wenn die MEZ zu kurz greifen, um die endgültige Lösung für die extremen Probleme Afrikas sein zu können, müssen doch größtmögliche Anstrengungen zur Umsetzung bis 2015 erfolgen. Die Europaabgeordneten der LINKEN fordern die Erhöhung des EU-Entwicklungshaushaltes für die dafür notwendigen Mittel.

Wir sehen in der Migration zwischen Nachbarkontinenten eine Normalität und fordern daher den Aufbau legaler Migrationswege zwischen Afrika und Europa und die Unterstützung beim Aufbau eines Migrationsmanagements, sowohl für die innerafrikanische als auch für transkontinentale Migration. Durch eine Kombination verschiedener Aufenthaltsformen wie zu Studienzwecken, zur Arbeitssuche, zur zeitlich begrenzten Arbeitsmigration und zu mehrfachen Aufenthalten sollte die Forderung der Afrikanischen Union nach einem System der zirkulären Migration zum Aufbau einer “brain circulation” unterstützt werden. Aktuelle politische Maßnahmen der EU, wie die so genannte Rückführungsrichtlinie und andere Pläne zur Ausweisung der acht Millionen ohne Papiere in der EU arbeitenden Menschen, lehnen wir ab. Sie sind beschämend und haben den internationalen Ruf der EU schwer beschädigt. Die Internierungslager für Flüchtlinge müssen geschlossen werden und der oft lebensbedrohliche Einsatz von Marineeinheiten an den europäischen Grenzen muss sofort beendet werden.

Martin Hofbauer  
(Die Linke)